

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
11 / 2007

Politischer Bericht aus Brüssel

**Der EU-Reformvertrag – die Regierungskonferenz
beginnt mit ihrer schwierigen Arbeit**

01. August 2007

Olivia Gippner / Markus Russ
Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der EU-Reformvertrag – die Regierungskonferenz beginnt mit ihrer schwierigen Arbeit

Ende Juni wurde auf dem letzten EU-Gipfel unter der deutschen Ratspräsidentschaft noch bis spät in die Nacht verhandelt: In einer zermürbenden Sitzung unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel verständigten sich die Regierungschefs schließlich auf das Mandat für den geplanten EU-Reformvertrag.

Nun eröffnete die portugiesische Ratspräsidentschaft am 23. Juli 2007 im Rahmen eines Treffens der EU-Außenminister in Brüssel die Regierungskonferenz, deren Ziel es ist, die politische Einigung vom Juni in eine rechtlich gültige Form zu übertragen. In einem Änderungsvertrag, der nicht mehr Verfassung genannt werden soll, wird versucht, vieles aus dem ursprünglichen Entwurf zu retten. Trotz der Brüsseler Sommerpause werden Arbeitsgruppen einen Text zur Überarbeitung der existierenden Verträge vorbereiten. Anfang September sollen die Außenminister die erste Textform diskutieren, über die Mitte Oktober auf einem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Lissabon dann nochmals abgestimmt wird. Die anschließend juristisch geprüfte Endfassung zur Reform soll Ende 2007 feierlich unterzeichnet werden – der Startschuss zur Ratifizierung der Vorschläge in nationalen Parlamenten oder durch öffentliche Referenda. Der verworfene Verfassungsvertrag war 2005 an dieser Schwelle gescheitert.

In erster Linie werden an der Regierungskonferenz Delegationen der verschiedenen EU-Länder teilnehmen. Zur deutschen Delegation gehören zwei Länder-Vertreter: Die SPD-Länder entsenden Staatssekretär Karl-Heinz Klär aus Rheinland-Pfalz, für die Unionsländer nimmt die Bayerische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller an der Regierungskonferenz teil. Zusätzlich zu den Mitgliedstaaten werden auch die Institutionen der EU repräsentiert sein. Bei der Eröffnung der Regierungskonferenz waren Präsident José Manuel Barroso und die Vize-Präsidentin Margot Wallström, die für die Kommunikationspolitik in der EU zuständig ist, für die Kommission anwesend.

Teilnehmer im Prozess der nächsten Wochen werden folgende Europaparlamentsabgeordnete sein: der deutsche CDU-Abgeordnete Elmar Brok, der Spanier Enrique Barón Crespo (SPE) und der liberale britische Abgeordnete Andrew Duff. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, die im Verfassungsvertrag enthaltenen Neuerungen zu verteidigen, und sie zeigten sich zufrieden über die zukünftige Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat und die weitere Einbeziehung (90% aller Politikbereiche) des demokratisch gewählten Europaparlaments. Enttäuscht waren die Parlamentarier darüber, dass aufgrund der Realpolitik mehrerer EU-Mitgliedstaaten in den letzten Monaten Versuche, mehr Transparenz zu schaffen, missglückten – auch im Weiteren wird kein einheitlicher Vertragstext entstehen.

Außerdem wird Hans-Gert Pöttering, der Präsident des Europäischen Parlaments, an der Regierungskonferenz teilnehmen, wenn sie auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zusammenkommt.

Dem Erfüllen des strengen Zeitplans stehen eine Reihe von Hindernissen im Wege, die auf verschiedenen Ebenen überwunden werden müssen.

So wurde beim Gipfel im Juni zwar ein detailliertes Mandat über die geplanten Änderungen erarbeitet, wobei dies jedoch hauptsächlich mündlich geschehen ist. Sobald die Vorschläge in die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten gehen und dort nochmals durch Juristen, Verwaltung und Politiker geprüft werden, könnten einzelne Länder, wie etwa Polen, die Debatte noch einmal aufwerfen und damit die Verhandlungen weiter hinauszögern. Da der Vertrag mit Einstimmigkeit angenommen werden muss, wird der Vorsitzende der Regierungskonferenz, der portugiesische Premierminister José Socrates, erst nach der allerletzten Abstimmung aufatmen können.

Das zweite Hindernis wird - wie schon beim Entwurf für einen Verfassungsvertrag 2004 und 2005 - die jeweilige Ratifizierung in allen 27 Mitgliedsstaaten werden.

Die Situation ist je nach Land sehr unterschiedlich. Nur in Irland ist ein Referendum obligatorisch, die Regierung sieht dem Ergebnis jedoch, vorausgesetzt, das wirtschaftliche Hoch des Inselstaates hält an, relativ gelassen entgegen. Falls der britische Premier Gordon Brown doch noch durch ein Referendum abstimmen will, ist ein klares Nein der Bevölkerung beinahe unumgänglich. Die britischen Konservativen drängen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu dieser Volksabstimmung.

Auch in anderen Mitgliedstaaten sind Referenda eine Option: In einem Bericht des Think Tanks „European Policy Center“ (EPC) vom Juli 2007 wird hier allerdings von der mehrheitlichen Unterstützung der Bevölkerung ausgegangen. Die Regierungen der Niederlande, der Tschechischen Republik, Portugals, Dänemarks, Spaniens und Portugal könnten theoretisch in Volksabstimmungen über den Reformvertrag entscheiden.

In Frankreich ist das Problem wiederum ganz anderer Natur: In Erwartung des ursprünglichen Verfassungsvertrags war im Jahre 2005 die französische Verfassung um einen Verweis auf die europäische Verfassung geändert worden. Nun bedarf es einer Dreifünftelmehrheit im französischen „Congress“, um die Textpassage nach dem „Nein“ der Franzosen wieder zu streichen. Dies könnte dann zum Problem werden, wenn die sozialistische Opposition den frischgewählten Präsident Sarkozy für seine eigenmächtige Politik der letzten Wochen abstrafen möchte. Sobald diese verfassungsrechtliche Hürde jedoch genommen ist, bedarf es nur einer einfachen Mehrheit in der Nationalversammlung, die sowieso von der gaullistischen UMP (Union pour un Mouvement Populaire) dominiert wird.

In Österreich und Finnland scheint die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit unproblematisch, während in Tschechien, wo eine Dreifünftelmehrheit nötig ist, wohl auf die Unterstützung der Opposition zu warten ist.

Wie schon im Vorfeld offensichtlich, wird die Verabschiedung des Vertrags in Polen keineswegs reibungsfrei verlaufen. Noch im Laufe der Regierungskonferenz werden weiterhin Konfrontationen erwartet, vor allem, da eine der regierenden Koalitionsparteien eine Ablehnung des Vertrages noch vor kurzem nicht ausgeschlossen hat. Die pro-EU-Einstellung der Opposition könnten hier für die nötigen Stimmen sorgen.

Gleichgültig, welche Form der Ratifizierung die einzelnen Länder wählen werden, das Ergebnis hängt von einer Reihe unterschiedlicher innen- und außenpolitischer Überlegungen ab. Der generelle Trend zu einer nationalistischeren Einstellung könnte der endgültigen Abstimmung zum Verhängnis werden. Es wird auch entscheidend sein, welches Land als erstes den Vertrag ratifizieren wird.

Das ehrgeizige Ziel der Kommission ist ein Inkrafttreten des neuen EU-Grundlagenvertrags schon zu den nächsten Wahlen zum Europaparlament 2009.

Um ein Gelingen dieser Reform zu erreichen, muss aus der missglückten Ratifizierung des Verfassungsvertrags 2004/05 gelernt werden. Eine weiträumige öffentliche Debatte über die Änderungen und die Bedeutung des Vertrags muss sofort beginnen. Die europäischen Bürger müssen sich bewusst sein, dass dies „ihre“ Reform ist und nicht nur eine weitere Entscheidung, die hinter den verschlossenen Türen Brüssels entstanden ist.

Olivia Gippner studiert European Studies und Psychologie an der Universität von Malta und ist derzeit Praktikantin in der Verbindungsstelle Brüssel.